

DIE KOMMUNALE

Das Magazin für Kommunalpolitik



Foto: Lara Bommers - Für die Würde unserer Städte

Kommunen setzen bundesweites Ausrufezeichen

Seite 3

Kommunale Handschrift für
den Sommer der Reformen

Seite 8

Ausgleichsrücklagen
sind kein Selbstzweck

Seite 10

Die Kommunen sind
kampagnenfähig



LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

wenn man in diesen Tagen in die kommunale Welt hineinhört, dann ist die Resonanz zur Reformpolitik des Bundes zurückhaltend. Klar, es werden viele wichtige Fragen derzeit noch verhandelt, aber es fehlen noch wesentliche Entscheidungen, die für uns „Kommunalos“ dramatisch wichtig wären. Diese klare Kritik kann und darf man der Bundesregierung leider nicht ersparen.

Das weiter steigende strukturelle Defizit deutscher Kommunen von über 30 Milliarden Euro wird nicht verringert. Es gibt keine Kompensationen, keine Direkthilfen oder konkrete Entlastungen. Positiv ist der Einstieg in die zukünftige Veranlassungskonnexität. Ein Schritt in die richtige Richtung, für den wir lange kämpfen mussten. Hier warten wir jetzt die gesetzliche Ausgestaltung ab. Wir fordern: Die Kommunen sind auf Augenhöhe zu beteiligen, wenn unsere Angelegenheiten entschieden werden! Und wir brauchen eine Soforthilfe, um den drohenden Zusammenbruch kommunaler Haushalte abzuwehren!

Aus Düsseldorf erwarten wir deutlich mehr Hilfe. Die NRW-Altschuldenregelung ist hilfreich, fängt aber schon die „neuen Altschulden“ seit der Corona-Zeit nicht mehr auf! Das ist zu wenig von einer Landesregierung, die viele Städte mittlerweile eher aus dem Gerichtssaal als vom Verhandlungstisch kennen. Immer mehr Kommunen sehen sich genötigt, ihre Rechte gegenüber dem Land einzuklagen.

Enttäuschend ist, dass in NRW nicht mal die Hälfte des Sondervermögens des Bundes weitergegeben wurde, obwohl die Kommunen rund 78 Prozent der Investitionen tragen. So wird uns Geld für wichtige Investitionen vorenthalten!

Der Ministerpräsident sieht bei kommunalen Themen die Verantwortung meist in Berlin, wo er selbst scheinbar völlig ohne Einfluss ist. Das haben wir in NRW unter früheren Ministerpräsidentinnen und -präsidenten schon anders erlebt. Dazu passt auch Hendrik Wüsts Wegtauchen bei den Koalitionsverhandlungen, deren Ergebnisse er jetzt kritisiert. Damit wird der Ministerpräsident des größten Bundeslandes seiner Verantwortung nicht gerecht. NRW sollte das besser können.

Ich wünsche allen kommunalen Ehren- und Hauptamtlichen jetzt erstmal eine schöne Sommerzeit!

Frank Meyer

Landesvorsitzender der SGK NRW

DIE KOMMUNALE wünscht allen Leserinnen und Lesern eine erholsame Sommerpause. Durchatmen, Kraftschöpfen und Auftanken.

Die Aufgaben vor uns sind groß, doch mit Engagement, Weitblick und gegenseitigem Vertrauen lassen sie sich erfolgreich gestalten.



DIE KOMMUNALE

INHALT

KOMMUNALFINANZEN

- 3 Kommunale Handschrift für den Sommer der Reformen**

LDV | BDV

- 6 Gemeinsam stark für die Kommunale Familie**

KOMMUNALFINANZEN

- 8 Ausgleichsrücklagen sind kein Selbstzweck**
Warum der LWL seine Mitgliedskommunen jetzt entlasten muss

VERKEHRSSICHERHEIT

- 10 Schulwegsicherheitskonzepte**
Kommunen tragen Verantwortung für sichere Wege zur Schule

KOMMUNALFINANZEN

- 12 Die Kommunen sind kampagnenfähig**
14 Kommunen machen in Berlin Druck
„Wer bestellt, bezahlt“ muss jetzt gelten
16 NRW muss funktionieren – und das beginnt in den Kommunen

ERFOLG IST KEIN ZUFALL

- 18 Fortschrittliche Politik in der Kommune – auch bei Gegenwind!**

VERANSTALTUNGSHINWEIS

- 20 4. Staatsreform-Gipfel**
Gutes Regieren in einem modernen Staat

BUCHTIPPS

- 22 Kurz vorgestellt**
Lesestoff für die kommunalpolitische Arbeit

KOMMUNALE HANDSCHRIFT FÜR DEN SOMMER DER REFORMEN



Die Lage der Kommunen in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen ist im Sommer 2026 so dramatisch wie noch nie. Viele Städte, Gemeinden und Kreise drohen, ihre Handlungsfähigkeit zu verlieren. Während die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger steigen, schwinden die finanziellen Spielräume rapide. Wenn Freibäder schließen müssen, die Infrastruktur bröckelt und Kitas Betreuungszeiten kürzen müssen, schwindet das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates insgesamt. Das zeigt, dass der Weg von der kommunalen Finanzkrise zur Krise der Demokratie nicht allzu weit ist.

Die Ursachen für die finanzielle Misere sind weit überwiegend nicht vor Ort zu finden, sondern Ergebnis einer strukturellen Unterfinanzierung der kommunalen Ebene einerseits und einer Überlastung auf der Ausgabenseite andererseits. Bundes- und Landesebene bringen bis heute Leistungsgesetze auf den Weg, die nicht annähernd auskömmlich gegenfinanziert sind. Hiergegen können sich Kommunen kaum wehren. Und auch das kommt noch hinzu: Die Kommunen leisten circa ein Viertel der staatlichen Ausgaben, erhalten aber nur ein Siebtel der staatlichen Steuereinnahmen. Aus den kommunalen Spitzenverbänden ertönt der Ruf nach einer deutlichen Erhöhung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer einerseits sowie einer Kostendrittellung bei Leistungsgesetzen andererseits. Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen auf der Bundesebene im vergangenen Jahr haben die kommunalen Vertreter in den Verhandlungsgruppen (die mit großer Mehrheit der SPD angehörten) massiv auf Maßnahmen zur Entlastung der kommunalen Ebene gedrängt.

OB-BAROMETER OFFENBART GROSSE SORGEN

Ergänzt wird dieses Bild durch aktuelle Befunde: Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat auch im Jahr 2026 seine jährliche

Umfrage unter Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten erstellt. Die Zahlen machen deutlich, dass Finanzsorgen und wirtschaftliche Probleme die kommunale Agenda weiterhin bestimmen. Sorgen um Rechtspopulismus und Demokratieskepsis vervollständigen das Bild.

Auch wenn sich diese Befragung ausschließlich an Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister sowie Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Städte ab 50.000 Einwohnerinnen und Einwohner in Deutschland richtet, dürften die Befunde in ähnlicher Weise für die kleineren kreisangehörigen Kommunen Geltung beanspruchen. Das gilt insbesondere für die aktuelle Situation, in der zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen von 396 Kommunen nur noch 16 im Jahr 2025 einen strukturellen Haushaltsausgleich erreichen konnten.

Für 78 Prozent der Befragten sind die Kommunalfinanzen das drängendste Problem, was auch den Befragungsergebnissen der beiden Vorjahre entspricht. Mit großem Abstand folgen die Themen Wohnungsbau sowie die Stärkung der Wirtschaft. Mittlerweile nennt ein größer werdender Anteil (10 Prozent) der Befragten die Aufgaben im Sozialbereich als wichtige Herausforderung.



**Maik
Luhmann**

Landesgeschäftsführer
der SGK NRW

EINIGUNG ÜBER VERANLASSUNGSKONNEXITÄT

Kommunale Kostentreiber sind vor allem Ausgaben für Personal und für Sozialleistungen. Der Arbeitskreis Steuerschätzung hat zudem im Frühjahr die zukünftigen Steuereinnahmen für Städte und Gemeinden um fast 25 Milliarden Euro pro Jahr geringer eingeschätzt als zuvor.

Am 25. Juni haben Bundeskanzler und die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten in Berlin zu unterschiedlichen Fragestellungen getagt. Erstmals hat sich diese Runde auf einen Ausgleichsmechanismus für den Umgang mit Gesetzen des Bundes verständigt. Danach soll zukünftig Folgendes gelten: Belastet ein Bundesgesetz Länder und Kommunen mit mindestens 200 Millionen Euro jährlich, so wird der Bund 80 Prozent der Kosten kompensieren.



Dieser Mechanismus soll auch umgekehrt gelten, wenn Ausgaben durch ein Bundesgesetz sinken. In den Geltungsbereich fallen nur Gesetze, die im Ermessen des Bundes liegen, nicht die, die sich aus verfassungsrechtlicher Rechtsprechung oder Europäischem Recht ergeben. Außerdem ist die Steuergesetzgebung ausgeklammert.

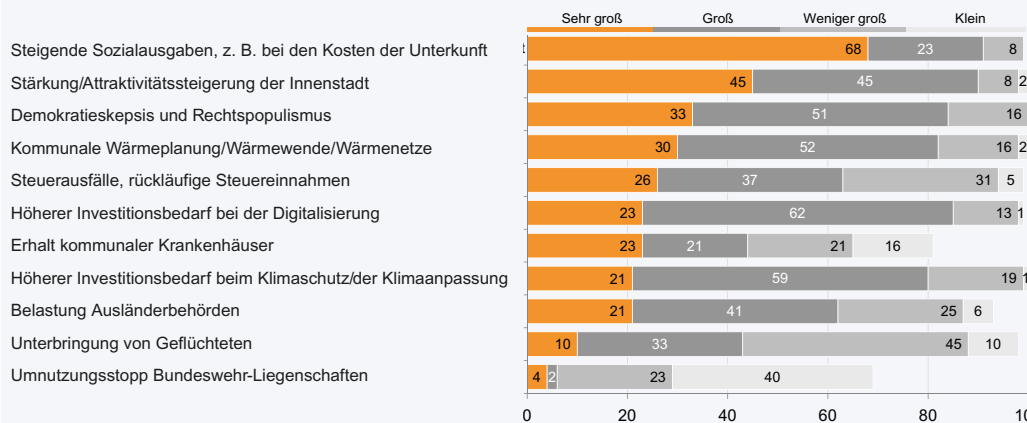
Aus kommunaler Sicht ist das ein Durchbruch! Leider folgt auch hier ein großes Aber: Dass das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“ verabredet wird, ohne dass die Kommunen mit am Tisch sitzen, ist

ein Fehler und führt leider zu Lücken auch in diesem Kompromiss. So bewegt die kommunale Familie die Frage, wie die verbleibenden 20 Prozent Kosten aufgeteilt werden, die nicht vom Bund getragen werden. Sinnvollerweise wären hier die Länder in der Pflicht, da sie über den Bundesrat regelmäßig an der Gesetzgebung beteiligt sind. Außerdem scheint diese Vereinbarung lediglich Gesetze zu umfassen, die in der Zukunft beschlossen werden. Die Situation ist aber doch die, dass bereits die aktuell bestehenden (Leistungs-) Gesetze deutlich zum kommunalen Rekorddefizit in einer Größenordnung von 31,9 Milliarden Euro beigetragen haben. An dieser Stelle wäre aus unserer Sicht eine Klarstellung erforderlich, die die Lösung auch auf bestehende Gesetze ausdehnt. Mindestens sollte darüber nachgedacht werden, den umgekehrten Erstattungsweg von Kommunen gegenüber Bund und Ländern für den Fall sinkender Ausgaben so zu beschreiben, dass der Mechanismus erst mit größerem zeitlichem Versatz einsetzt, um zumindest so einen ideellen Ausgleich für die Vergangenheit zu erhalten.

PROGRAMM FÜR AUFSCHWUNG UND BESCHÄFTIGUNG

Mit dem jüngst vorgestellten Programm für Aufschwung und Beschäftigung hat die Bundesregierung ein umfassendes Reformpaket auf den Tisch gelegt. Umfasst werden Themenfelder wie Rente, Steuern, Arbeitsmarkt, Wachstum und Bürokratierückbau. Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände würdigt die vorgeschlagenen Maßnahmen als positiv. Allerdings: Lösungsansätze für das bestehende 32-Milliarden-Euro-Loch in den kommunalen Kassen finden sich auch hier

Wie groß sind die krisenbedingten Herausforderungen für die eigene Stadt?



Quelle: OB-Barometer 2026 | Antworten der (Ober-)Bürgermeister:innen, Angaben in Prozent, fehlende Werte zu 100: Weiß nicht/Keine Angabe

nicht. Der Tenor der Spitzenverbände ist eindeutig: Echtes wirtschaftliches Wachstum funktioniert nur dann, wenn Städte, Gemeinden und Kreise finanziell handlungsfähig bleiben und vor Ort investieren können.

Immerhin wird in dem Papier ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Steuerausfälle von Ländern und Kommunen vom Bund ausgleichen wird. Ein solcher Satz wäre noch vor wenigen Jahren nahezu undenkbar gewesen.

Große Sorgen bereitet den Kommunen die angekündigte Pflege-reform. Zwar wird die Notwendigkeit einer Reform anerkannt, es dürfe aus Sicht der Spitzenverbände jedoch nicht passieren, dass Kommunen zusätzlich belastet werden. Eine Entlastung wäre bei den Kosten der Hilfe zur Pflege stattdessen dringend geboten. So

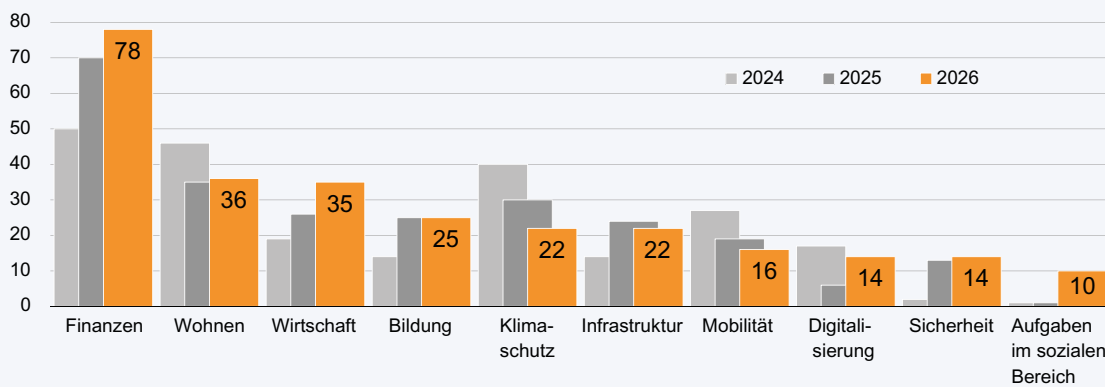
sind die Ausgaben der Hilfe zur Pflege innerhalb von zehn Jahren (2014 bis 2024) um 51 Prozent gestiegen von 3,5 auf 5,3 Milliarden Euro! In den vergangenen Jahren hat sich die Dynamik weiter verschärft: Zuletzt liegen die jährlichen Steigerungsraten bei der Hilfe zur Pflege bei über 20 Prozent.

MEHR SCHATTEN ALS LICHT FÜR KOMMUNEN

Zusammenfassend können die Maßnahmen im Bund als erste Schritte zur Entlastung der Kommunen im Land betrachtet werden. Aber es sind lediglich erste Schritte. Eine große Reform, die die Lastenverteilung in der Bundesrepublik insgesamt neu betrachtet und regelt und den Kommunen eine dringend erforderliche Soforthilfe gewährt, lässt weiter auf sich warten. Die Zeit zum Gegensteuern wird knapp.

Was sind aktuell die wichtigsten Aufgaben in der eigenen Stadt?

Der mit Abstand größte Handlungsbedarf in der eigenen Stadt liegt bei den Finanzen. Es folgen die Themen Wohnen, Wirtschaft und Bildung.



Quelle: OB-Barometer 2026 | Antworten der (Ober-)Bürgermeister:innen, Angaben in Prozent, Frage ohne Antwortvorgaben, Mehrfachnennungen möglich

lifu
Deutsches Institut
für Urbanistik

Foto: Difu

JEDEN FREITAG VON 9:00 - 9:30 UHR

JEDE WOCHE EIN NEUES SPANNENDES UND KURZWEILIGES THEMA



Das wöchentliche Online-Format für alle Mitglieder, jeden Freitag, nur 30 Minuten!

Wir sprechen über aktuelle politische Inhalte, beantworten Fragen und geben praktische Tipps und Anregungen für die politische Arbeit im Alltag.

Einfach über diesen QR-Code auswählen:



zoom
Meeting: ID: 920 7951 8319
Kenncode: 008324

Foto: Pixels - Pixabay

GEMEINSAM STARK FÜR DIE KOMMUNALE FAMILIE

Landesdelegiertenversammlung der SGK NRW und Bundesdelegiertenversammlung der Bundes-SGK setzen in Dortmund starke kommunalpolitische Impulse – Ein Rückblick



LANDESVOR-
STAND DER
SGK NRW



Dortmund wurde Mitte April zum Treffpunkt der kommunalpolitischen Familie der Sozialdemokratie. Mehr als 300 Delegierte sowie zahlreiche Gäste aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft kamen zur 22. Landesdelegiertenversammlung der SGK NRW und zur 19. Bundesdelegiertenversammlung der Bundes-SGK zusammen. Zwei Tage lang standen aktuelle Herausforderungen der Kommunen, die Vorbereitung der kommenden Wahlperioden und die Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung im Mittelpunkt.

STARKE FAMILIEN. STARKE KOMMUNEN. GUTE ZUKUNFT.

Das Leitmotiv „**Starke Familien. Starke Kommunen. Gute Zukunft.**“ stand bei Landesdelegiertenversammlung im Vordergrund.

In seinem Bericht machte der Landesvorsitzende Frank Meyer deutlich, dass Kommunen nur dann ihre Aufgaben erfüllen können, wenn sie finanziell angemessen ausgestattet werden. Gerade in einer Zeit, in der viele Städte und Gemeinden unter enormem Druck stehen, die Grundlagen der Daseinsvorsorge auf einem guten Stand zu halten.

Hier setzten die Delegierten ein deutliches Signal: Leistungsfähige Kommunen sind die Grundlage eines starken und handlungsfähigen Staates. Die anhaltende Unterfinanzierung vieler Städte und Gemeinden gefährde Investitionen ebenso wie den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Delegierten bekräftigten deshalb ihre Forderung nach einer konsequenten Anwendung des Konnexitätsprinzips und einer nachhaltigen Reform der kommunalen Finanzen.

Auch personell stellte sich der Vorstand für die kommenden Jahre auf. Mit der Wahl eines engagierten Landesvorstandes wurden die Weichen für die weitere Arbeit gestellt. Gleichzeitig verabschiedeten die Delegierten zahlreiche Anträge, die sich unter anderem mit der Zukunft der kommunalen Finanzen, bezahlbarem Wohnen, moderner Mobilität, Bildung, Digitalisierung sowie der Stärkung der kommunalen Demokratie beschäftigten.

Ein besonderer Höhepunkt war die Podiumsdiskussion zum Leitthema der Versammlung. Vertreterinnen und Vertreter aus Kommunalpolitik, Verwaltung und Gewerkschaften diskutierten darüber, wie Familienpolitik, Bildung, soziale Infrastruktur und leistungsfähige Kommunen zusammengedacht werden müssen. Deutlich wurde dabei: Gute Kommunalpolitik beginnt vor Ort – und sie braucht verlässliche Partner auf Landes- und Bundesebene.

Marc Herter, Oberbürgermeister der Stadt Hamm, **Andrea Henze**, Oberbürgermeisterin der Stadt Gelsenkirchen, **André auf der Fieback**, Vorsitzender des Ver.di-Landesbezirks NRW und **Thilo Waasem**, Beigeordneter für Jugend und Soziales, Schule, Kultur und Sport beim Städte- und Gemeindebund NRW

KOMMUNALER ABEND MIT SIGMAR GABRIEL

Das Highlight des zweitägigen kommunalen Familientreffens war der kommunale Abend im Signal Iduna Park. In angenehmer Atmosphäre und bei gutem Essen bot die Veranstaltung Gelegenheit für persönliche Gespräche, neue Kontakte und den Austausch über aktuelle kommunalpolitische Entwicklungen.

Besonderer Gast des Abends war der frühere Bundesaußenminister und SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel. In seiner Dinner Speech warb er für mehr Vertrauen in die kommunale Ebene und unterstrich die zentrale Bedeutung der Städte und Gemeinden für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gerade angesichts der aktuellen wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen und gesellschaftlichen Herausforderungen seien es die Kommunen, die Demokratie für die Menschen täglich erlebbar machten.

Seine Ausführungen stießen auf große Zustimmung und boten zahlreiche Anknüpfungspunkte für Gespräche bis in den späten Abend.

ZUKUNFT GEMEINSAM GESTALTEN

Am folgenden Tag stand die 19. Bundesdelegiertenversammlung der Bundes-SGK unter dem Motto „Zukunft zusammen gestalten – Bund, Länder und Kommunen“.

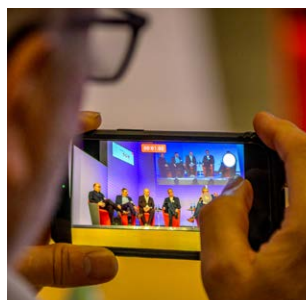
Delegierte aus allen Bundesländern diskutierten darüber, wie die kommunale Ebene angesichts wachsender Aufgaben dauerhaft gestärkt werden kann. Im Mittelpunkt standen insbesondere die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen, die Modernisierung des Staates, Investitionen in Infrastruktur sowie die Rolle der Städte und Gemeinden bei der Umsetzung gesellschaftlicher Transformationen.

Neben den Beratungen prägten zahlreiche hochkarätige Gäste – wie die Bundesministerin für Arbeit und Soziales sowie SPD-Parteivorsitzende Bärbel Bas – die Versammlung. In Reden und Diskussionsrunden wurde deutlich, dass viele Zukunftsfragen nur gemeinsam von Bund, Ländern und Kommunen gelöst werden können. Die Bundes-SGK bekräftigte deshalb ihre Forderung nach einer echten Partnerschaft aller staatlichen Ebenen und nach einer dauerhaft verlässlichen Finanzierung kommunaler Aufgaben.

EIN STARKES SIGNAL FÜR DIE KOMMUNALE FAMILIE

Die beiden Delegiertenversammlungen haben eindrucksvoll gezeigt, dass die sozialdemokratische Kommunalpolitik geschlossen und mit klaren Positionen in die kommenden Jahre geht. Die Herausforderungen sind groß – von der kommunalen Finanzkrise über den Fachkräftemangel bis hin zur Transformation von Wirtschaft, Mobilität und Energieversorgung.

Gleichzeitig wurde in Dortmund deutlich, dass die kommunale Familie bereit ist, Verantwortung zu übernehmen und Lösungen zu entwickeln. Mit starken Beschlüssen, einem intensiven fachlichen Austausch und vielen persönlichen Begegnungen sendeten die Landesdelegiertenversammlung der SGK NRW und die Bundesdelegiertenversammlung der Bundes-SGK ein klares Signal: Starke Kommunen sind Voraussetzung für ein starkes Land – und ihre Stimme muss auf allen politischen Ebenen gehört werden.



AUSGLEICHRÜCKLAGEN SIND KEIN SELBSTZWECK

WARUM DER LWL SEINE MITGLIEDSKOMMUNEN JETZT ENTLASTEN MUSS



Karsten Koch

Vorsitzender der
LWLSPD-Fraktion

Kommunen am Limit. Wer mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Landrätinnen und Landräten oder Kämmerinnen und Kämmerern spricht, weiß: Es mangelt nicht an Ideen, sondern an einer Finanzausstattung, die mit den Aufgaben Schritt hält. Die kommunalen Haushalte stehen unter einem nie dagewesenen Druck. Steigende Sozialausgaben, hohe Tarifabschlüsse als Folge von Inflation, ein enormer Investitionsbedarf in die Infrastruktur sowie eine nach wie vor unzureichende Finanzierung vieler vorhandener und immer neuer Pflichtaufgaben durch Land und Bund schnüren der gesamten kommunalen Familie die Luft ab.

Die allermeisten Kommunen haben keine Ausgleichsrücklage mehr. Gleichzeitig wächst der Investitionsstau. Immer häufiger geht es nicht mehr um die Frage, was notwendig wäre, sondern nur noch darum, was überhaupt noch finanzierbar ist. Wir fahren nicht auf Verschleiß – wir fahren vor die Wand.

Gerade in einer solchen Situation tragen auch die Umlageverbände Verantwortung. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) ist kein Akteur neben den Kommunen, sondern selbst Teil der kommunalen Selbstverwaltung. Seine Aufgaben werden überwiegend über die Landschaftsumlage finanziert, die von den Kreisen und kreisfreien Städten aufgebracht wird.

RÜCKLAGEN ENTSTEHEN AUS KOMMUNALEN UMLAGEN

Der LWL erfüllt unverzichtbare gesetzliche Aufgaben, insbesondere in der Eingliederungshilfe, der Psychiatrie, der Förderschullandschaft, der Kultur und der Jugendhilfe. Es handelt sich dabei um Leistungen, auf die die betroffenen Menschen einen Rechtsanspruch haben. So ist Eingliederungshilfe nach dem SGB IX keine Leistung nach Kassenlage, sondern eine, die nach Vorliegen der Voraussetzungen zu bescheiden ist.

Diese staatlich normierte und in Nordrhein-Westfalen ganz überwiegend kommunal finanzierte Leistung hat bei der Verabschiedung ausgeglichener LWL-Haushalte schon mehrmals im Laufe eines Jahres in ein massives Minus gedreht. Niemand stellt infrage, dass der LWL über ausreichende Rücklagen verfügen muss, um solche un-

Fotos: Krieger/Net | Thorsten Arendt - LWL

vorhersehbaren Belastungen auffangen zu können. Aber ebenso gilt: Rücklagen sind kein Selbstzweck.

Sie sind kein Maßstab für solide Finanzpolitik und auch kein Erfolgsausweis. Sie haben eine einzige Funktion. Sie sollen Risiken absichern und die Umlageentwicklung verstetigen. Wenn sie jedoch über die notwendige Risikovorsorge hinaus anwachsen, müssen diese Mittel dorthin zurück, wo sie ursprünglich erwirtschaftet wurden. Denn die Ausgleichsrücklage entsteht nicht aus eigener Wertschöpfung des LWL. Sie wird aus den Umlagen der Mitgliedskörperschaften aufgebaut.

Zahlreiche Kreise und kreisfreie Städte kritisieren wiederholt, dass der LWL über eine zu hohe Ausgleichsrücklage verfügt. Gleichzeitig wird beklagt, dass die Landschaftsumlage zu einem entscheidenden Belastungsfaktor geworden ist. Gerade weil sich die Haushaltslage des LWL in den vergangenen Jahren besser entwickelt hat als erwartet, ist jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen, einen Teil dieses finanziellen Spielraums an die Mitgliedskommunen zurückzugeben.

Dabei dürfen wir aber nicht den Fehler machen, uns durch die Finanzkrise innerhalb der kommunalen Familie zu kannibalisieren. Die strukturellen Finanzprobleme der Kommunen entstehen nicht durch Rücklagen der Landschaftsverbände. Niemand sollte glauben, dass das Abschmelzen der Ausgleichsrücklage die kommunale Finanzkrise löst. Das wäre eine Illusion. Die eigentlichen Ursachen liegen in der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen durch Bund und Land. So ist bei der Eingliederungshilfe die Beteiligung des Bundes nur bruchstückhaft. Beim Land NRW gibt es sie noch nicht einmal.

100 MILLIONEN ENTLASTUNG AUF ZWEI JAHRE VERTEILT

Die LWLSPD hat in der Koalition mit der CDU den Antrag initiiert, die Ausgleichsrücklage planmäßig um 100 Millionen Euro zu reduzieren und diese Mittel in den Jahren 2027 und 2028 zur Reduzierung der Landschaftsumlage jeweils hälftig einzusetzen.

Eine einmalige Entlastung hätte zwar kurzfristig einen größeren Effekt, würde aber angesichts der weiter steigenden Sozialausgaben schon im Folgejahr zu einem umso stärkeren Anstieg der Landschaftsumlage führen. Genau diese Belastungssprünge wollen wir vermeiden. Damit wird aus einem kurzfristigen Einmaleffekt eine verlässliche Entlastung über zwei Haushaltsjahre.

Die Verteilung auf zwei Haushaltsjahre schafft Planungssicherheit für die Städte und Kreise. Gleichzeitig bleibt der LWL finanziell handlungsfähig. So werden kurzfristige Entlastungen nicht mit späteren Belastungssprüngen erkaufte.

LWL UND MITGLIEDSKOMMUNEN SITZEN IM SELBEN BOOT

Mit unserem Vorschlag wollen wir den Umgang mit der Ausgleichsrücklage auf eine nachvollziehbare Grundlage stellen. Die Mitgliedskörperschaften müssen darauf vertrauen können, dass positive Haushaltsentwicklungen nicht dauerhaft beim Verband verbleiben, sondern an sie zurückgegeben werden. Ebenso müssen sie darauf vertrauen können, dass der LWL auch künftig finan-

ziell reaktionsfähig bleibt und nicht unterjährig die Landschaftsumlage erhöhen muss.

Deshalb wollen wir eine dauerhafte Rücklagenstrategie, die nicht mehr als zwei Prozent des jährlichen Haushaltsvolumens umfasst. Wir wollen, dass der Umgang mit Rücklagen künftig nachvollziehbaren finanzpolitischen Grundsätzen folgt und nicht von zufälligen Haushaltsentwicklungen oder kurzfristigen politischen Mehrheiten abhängt.

„Der LWL und seine Mitgliedskommunen sitzen im selben Boot. Wenn es Schlagseite bekommt, hilft es niemandem, wenn nur ein Teil der Besatzung trocken bleibt.“

Die Entlastung der Mitgliedskommunen endet für uns nicht bei der Ausgleichsrücklage: Neue Stellenbedarfe sollen künftig nur noch innerhalb des bestehenden Stellenplans kompensiert werden. Faktisch soll es künftig keine zusätzlichen umlagefinanzierten Stellen mehr geben. Zudem soll eine langfristige Strategie durch Digitalisierung, Aufgabenkritik und effizientere Verwaltungsprozesse Personalbedarfe reduzieren, ohne die Leistungsfähigkeit des LWL zu beeinträchtigen.

Der LWL und seine Mitgliedskommunen sitzen im selben Boot. Wenn es Schlagseite bekommt, hilft es niemandem, wenn nur ein Teil der Besatzung trocken bleibt. Das Abschmelzen der Ausgleichsrücklage wird die kommunale Finanzkrise nicht lösen. Aber es ist ein sichtbares Zeichen kommunaler Solidarität und finanzpolitischer Verantwortung. Die eigentliche Aufgabe bleibt: Bund und Land müssen die Kommunen endlich so ausstatten, dass sie ihre gesetzlichen Aufgaben dauerhaft erfüllen können. Bis dahin sind wir gut beraten, jeden Spielraum zu nutzen, den wir selbst verantworten können.

SCHULWEGSICHERHEITSKONZEPTE

KOMMUNEN TRAGEN VERANTWORTUNG FÜR SICHERE WEGE ZUR SCHULE



Der tägliche Weg zur Schule ist für viele Kinder der erste selbstständig zurückgelegte Weg im öffentlichen Raum. Hier lernen sie, sich im Straßenverkehr zu orientieren, Verantwortung zu übernehmen und Mobilität eigenständig zu erleben. Gleichzeitig ist der Schulweg ein Gradmesser dafür, wie sicher, kinderfreundlich und lebenswert eine Kommune gestaltet ist.



**Jael Rachel
Räker**

Regionalbeauftragte
Nordrhein-Westfalen

ACE Auto Club
Europa e.V.

Dennoch zeigt sich bundesweit seit Jahren ein gegenteiliger Trend: Immer mehr Kinder werden mit dem Auto zur Schule gebracht. Die sogenannten „Elterntaxi“ sind vielerorts selbst zu einem Sicherheitsproblem geworden. Aus Sorge um die Sicherheit ihrer Kinder bringen Eltern diese bis vor das Schultor – und erzeugen dadurch häufig genau jene unübersichtlichen Situationen, die sie eigentlich vermeiden wollen.

Die bundesweite ACE-Clubinitiative 2025 „Easy Going – ACE-Schulweg-Index“ hat die Schulwege von 167 Grundschulen untersucht. In Nordrhein-Westfalen wurden 25 Schulstandorte mit rund 6.700 Schulkindern überprüft. Die Ergebnisse zeigen Handlungsbedarf: Jedes vierte Elterntaxi hielt im Halteverbot, 15 Prozent der Kinder stiegen zur Fahrbahnseite aus und an vielen Schulen fehlten wichtige Infrastrukturmerkmale wie Querungshilfen oder Schulweghelfende. Die Analyse macht deutlich, dass sichere Schulwege nicht selbstverständlich sind und vielerorts gezielte Verbesserungen notwendig bleiben.

Aus den Ergebnissen leitet der ACE Auto Club Europa einen klaren Handlungsauftrag für Kommunen ab. Schulwegsicherheit entsteht durch das Zusammenspiel von baulichen Maßnahmen, konsequenter Kontrolle und kontinuierlicher Aufklärung. Nur wenn diese drei Elemente ineinandergreifen, lassen sich Risiken dauerhaft

reduzieren und das Sicherheitsgefühl von Kindern und Eltern stärken.

Vor diesem Hintergrund gewinnen kommunale Schulwegsicherheitskonzepte zunehmend an Bedeutung. Ein anschauliches Beispiel liefert die Stadt Gütersloh mit ihrem Projekt „Lass(t) uns laufen! Sichere und nachhaltige Schulwege an Gütersloher Grundschulen“. Dort wurden sämtliche Grundschulstandorte systematisch untersucht, Schulumfelder analysiert, Unfallgeschehen ausgewertet sowie Eltern und Kinder aktiv beteiligt. Das Projekt zeigt, wie die vom ACE empfohlenen Maßnahmen vor Ort erfolgreich umgesetzt werden können.

SCHULWEGSICHERHEIT IST EINE KOMMUNALE Kernaufgabe

Kinder gehören zu den besonders schutzbedürftigen Verkehrsteilnehmenden. Sie können Geschwindigkeiten schlechter einschätzen, reagieren anders auf Gefahrensituationen und verfügen über weniger Verkehrserfahrung als Erwachsene. Daraus ergibt sich eine besondere Verantwortung für Städte und Gemeinden.

Fotos: ACE - Lukas Fontzek

Schulwegsicherheit darf daher nicht allein als Aufgabe einzelner Fachämter verstanden werden. Vielmehr handelt es sich um eine Querschnittsaufgabe, die Stadt- und Verkehrsplanung, Ordnungsverwaltung, Schulen, Politik und Zivilgesellschaft gemeinsam gestalten müssen.

Kommunen haben die Möglichkeit, Risiken frühzeitig zu erkennen und gezielt zu entschärfen. Aus Sicht des ACE sollten Schulwegpläne für alle Grundschulen eingeführt und regelmäßig aktualisiert werden. Grundlage dafür sind Schulweg-Checks, Gefahrenkarten sowie die systematische Beteiligung von Schulen, Eltern und Kindern. Die Ergebnisse sollten transparent kommuniziert werden, um Handlungsbedarfe sichtbar zu machen und Akzeptanz für Veränderungen zu schaffen.

Besondere Priorität haben verkehrsberuhigte Bereiche vor Schulen, sichere Querungsstellen, eine gute Beleuchtung, freie Sichtachsen sowie Elternhaltestellen in sicherem Abstand zum Schuleingang. Ebenso wichtig ist die konsequente Durchsetzung von Park- und Halteverboten im unmittelbaren Schulumfeld.

ALLE AKTEURE MÜSSEN AN EINEN TISCH

Das Beispiel Gütersloh verdeutlicht, dass erfolgreiche Schulwegsicherheitskonzepte nur dann entstehen, wenn alle relevanten Akteure eingebunden werden: Kommunalpolitik, Verwaltung, Polizei, Schulen, Eltern, Schülerinnen und Schüler, Verkehrswachten sowie Mobilitätsverbände.

Jede dieser Gruppen bringt einen eigenen Blick auf die Situation ein. Während Polizei und Unfallkommissionen objektive Sicherheitsdaten liefern, kennen Eltern und Kinder die alltäglichen Unsicherheiten ihrer Wege besonders gut. Erst die Verbindung dieser Perspektiven ermöglicht ein realistisches Bild.

Der ACE empfiehlt darüber hinaus den Ausbau von Schulweghelferprogrammen. Gerade an kritischen Querungsstellen leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit. Kommunen sollten deren Gewinnung und Begleitung aktiv unterstützen sowie Schulweghelfende besser vor Anfeindungen schützen.

NICHT JEDE KOMMUNE BRAUCHT EXTERNE GUTACHTER

Viele Städte und Gemeinden stehen unter erheblichem finanziellem Druck. Umfangreiche Gutachten sind deshalb nicht immer realistisch.

Die gute Nachricht lautet: Viele Bausteine eines Schulwegsicherheitskonzeptes lassen sich mit eigenen Ressourcen umsetzen. Schulwegbegehungen, Beteiligungsformate, die Auswertung von Unfalldaten sowie die Zusammenarbeit mit Polizei, Schulen, Verkehrswachten und Automobilclubs können häufig vor Ort organisiert werden. Das Gütersloher Projekt zeigt, dass auch ohne große externe Strukturen wirksame Verbesserungen möglich sind.

POLITIK MUSS MEHRHEITEN ORGANISIEREN

Ebenso wichtig wie die fachliche Analyse ist die politische Umsetzung. Viele Maßnahmen benötigen Beschlüsse in Ausschüssen und Räten.

Kommunalpolitik sollte die vorhandenen Spielräume der Straßenverkehrsordnung aktiv nutzen und Maßnahmen zur Schulwegsicherheit proaktiv entwickeln. Schulwegsicherheit betrifft nicht nur die Verkehrspolitik, sondern ebenso Familienfreundlichkeit, Gesundheitsförderung, Bildung, Klimaschutz und Lebensqualität.

Wer sichere Schulwege schafft, stärkt den Fuß- und Radverkehr, reduziert Bring- und Holverkehre und erhöht die Aufenthaltsqualität in den Quartieren. Werden Eltern, Schulen und Anwohner frühzeitig eingebunden, steigt zudem die Akzeptanz notwendiger Veränderungen deutlich.

INVESTITION IN DIE ZUKUNFT

Schulwegsicherheitskonzepte sind keine einmaligen Projekte, sondern ein kontinuierlicher Prozess. Verkehrsströme verändern sich, Wohngebiete wachsen und Mobilitätsverhalten wandelt sich.

Die Erfahrungen aus Gütersloh bestätigen die Empfehlungen des ACE-Schulweg-Index 2025 eindrucksvoll: Wo Schulwege systematisch analysiert, Gefahrenstellen dokumentiert, Beteiligte einbezogen und Maßnahmen konsequent umgesetzt werden, verbessert sich nicht nur die objektive Verkehrssicherheit. Gleichzeitig wächst das Vertrauen der Eltern in eigenständige Mobilität ihrer Kinder.

Schulwegsicherheit ist deshalb keine freiwillige Zusatzaufgabe, sondern ein zentraler Baustein moderner, kinderfreundlicher und nachhaltiger Kommunalpolitik.

ERGEBNISSE

ACE-Clubinitiative | "Easy Going zur Schule?"



DIE KOMMUNEN SIND KAMPAGNENFÄHIG



Stadt Krefeld



Timm Steinborn

Kommunikationsleiter und Pressesprecher des Deutschen Städtetages und des Städtetages NRW



Florian Gellen

Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Städte- und Gemeindebund NRW

1 500 Städte, Landkreise und Gemeinden haben am 22. Juni am Aktionstag „Kommunen am Limit“ teilgenommen, zu dem die drei kommunalen Spitzenverbände – Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund – gemeinsam aufgerufen hatten. Es war die größte gemeinsame Aktion der kommunalen Gebietskörperschaften, die es je in der Bundesrepublik Deutschland gegeben hat. Das klare Signal: Bund und Länder müssen handeln, damit die Kommunen nicht in naher Zukunft völlig handlungsunfähig sind. Denn die kommunalen Haushalte kollabieren. Flächendeckend. Was Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, aber auch in Rheinland-Pfalz oder dem Saarland seit Langem kennen, hat in den vergangenen Jahren in kürzester Zeit alle Bundesländer erreicht, von Schleswig-Holstein bis Bayern, von Baden-Württemberg bis Mecklenburg-Vorpommern. Noch im Jahr 2022, das ist erst vier Jahre her, haben die Städte, Landkreise und Gemeinden bundesweit das Haushaltsjahr noch mit einem Plus von 2,2 Milliarden Euro abgeschlossen. Es folgte ein beispielloser Absturz auf ein Defizit von heute rund 30 Milliarden Euro – davon allein rund 9 Milliarden Euro bei den Kommunen in NRW.

Die kommunalen Spitzenverbände warnen seit Jahren vor dieser Entwicklung. Bund und Länder haben Leistungs- und Rechtsansprüche immer weiter ausgebaut, den Kommunen für deren Umsetzung jedoch häufig nicht die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt. Die katastrophale Finanzlage der Kommunen ist deshalb schon lange das beherrschende Thema in den Gremien der kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene und in

NRW. Je mehr der finanzielle Druck auf die Kommunen wächst, umso klarer wird: Es braucht den Schulterschluss aller. Es braucht ein gemeinsames Auftreten. Es braucht ein klares Signal an Bund und Länder. Und: Es braucht ein Format, das über die übliche Kommunikationsarbeit hinausgeht. Es braucht ein bundesweites Ausrufezeichen.

Der bundesweite Aktionstag aller drei kommunalen Spitzenverbände war in dieser Form historisch einmalig. Erstmals haben alle drei Verbände alle ihre Mitglieder und Mitgliedsverbände gemeinsam zu einem dezentralen Aktionstag aufgerufen. Die Resonanz war beeindruckend, die Aktionen bunt und vielfältig – auch in NRW. Nur einige Beispiele: In Krefeld hat sich die gesamte Stadtgesellschaft am Aktionstag beteiligt, von Wirtschaftsverbänden über die Gewerkschaften, Kultur- und Sportverbände bis hin zu den Kirchen. Die Gemeinde Windeck hatte zum Aktionstag einen Schreibtisch im Freien aufgebaut mit einem Berg an Aktenordnern, die symbolisch für alle Aufgaben stehen, die die Kommunen finanziell besonders belasten. In Duisburg,

Fotos: Stadt Krefeld | Steinborn – privat | SGB NRW



Stadt Witten

Emmerich und Witten waren die Rathaustreppen am Aktionstag mit Vertreterinnen und Vertretern der Kommunalpolitik gefüllt, die mit Protestschildern auf die Lage der Kommunen aufmerksam machten.

Ebenso vielfältig war das Bild bundesweit: In Halle in Sachsen-Anhalt versammelten sich Hunderte gemeinsam mit dem Verwaltungsvorstand auf dem Marktplatz, begleitet von Fahrzeugen der Verkehrsbetriebe und der Feuerwehr. Die Stadt Limbach-Oberfrohna in Sachsen schloss am Aktionstag diverse städtische Einrichtungen – nicht symbolisch, sondern tatsächlich. Und in München wurde der Fischbrunnen auf dem Marienplatz für einen Tag trockengelegt. In diesem Brunnen wird traditionell an Aschermittwoch symbolisch der städtische Geldbeutel gewaschen. Das soll Glück bringen und die Stadtkasse füllen. In diesem Jahr nicht. So vielfältig wie die Aktionen war auch die mediale Berichterstattung. In keiner Nachrichtensendung und in keiner Zeitung kam man am und nach dem Aktionstag am Thema Kommunalfinanzen vorbei: Tageschau, Tagesthemen, heute nachrichten, heute journal – und Hunderte Berichte in lokalen Medien, landauf, landab.

***„Wenn es drauf ankommt,
sind die Kommunen
kampagnenfähig“***

Dass die Aktionen so vielfältig waren und sich so viele Kommunen beteiligt haben, war kein Zufall. Es war eine bewusste Entscheidung. Ein Blick hinter die Kulissen der Planung des Aktionstags zeigt, wie unterschiedlich die Rahmenbedingungen vor Ort sind: Die Kommunikation zur Finanzlage der Kommunen unterscheidet sich von Kommune zu Kommune, ebenso die Herausforderungen für die Haushalte. Während manche Stadtgesellschaften auch drastische Aktionen wie die tatsächliche Schließung einer Einrichtung akzeptieren, wäre das andernorts schwieriger. Hinzu kommen unterschiedlich große personelle Ressourcen sowie verschiedene Einschätzungen der Frage, ob Kommunen als Teil der staatlichen Ebene öffentliche Protestaktionen durchführen sollten. Schnell wurde klar: Diese unterschiedlichen Herangehensweisen lassen sich kaum vereinheitlichen. Die Konsequenz: Das muss auch gar nicht sein.



Stadt Duisburg

Statt einer zentralen Aktion haben sich die kommunalen Spitzenverbände deshalb für dezentrale Aktionen vor Ort entschieden. Heißt: Jede Kommune gestaltet ihre Aktionen so, wie es für sie vor Ort am besten scheint. Subsidiarität als Kampagnenansatz. Die Hauptsache: Möglichst viele beteiligen sich. Das ist gelungen – und geschah trotzdem nicht unkoordiniert oder im luftleeren Raum. Die kommunalen Spitzenverbände haben gemeinsam mit einer Agentur ein „Aktionsmanual“ erarbeitet und allen Mitgliedern zur Verfügung gestellt. Das Manual enthielt eine Reihe an möglichen Aktionsformaten und Slogans. Die Bandbreite reichte von plakativen Protestaktionen bis zu sachlichen Informationsformaten, von kleinen Aktionen bis zum großen öffentlichen Auftritt. Alle Formate standen zum Download bereit und waren individuell für die jeweiligen Bedingungen vor Ort anpassbar.

So ist gelungen, was manchen unmöglich schien: 2000 Aktionen in 1500 Kommunen, alle unter demselben Motto – und trotzdem bunt und passend für die Situation in jeder einzelnen Kommune. Und besonders wichtig: Es war eine überparteiliche Aktion über Bundesländergrenzen hinweg. Es war eine Aktion, die den Kommunen in NRW und in ganz Deutschland in einer existenziellen Frage eine starke gemeinsame Stimme gegeben hat. Ein Aktionstag allein verändert nicht die Politik von Bund und Ländern. Aber er hat für die Lage der Kommunen in Deutschland sensibilisiert und das Thema Kommunalfinanzen in die erste Reihe der öffentlichen und medialen Wahrnehmung gehoben. Und er hat bewiesen: Wenn es drauf ankommt, sind die Kommunen kampagnenfähig.

**KOMMUNEN
AM LIMIT**

KOMMUNEN MACHEN IN BERLIN DRUCK

„WER BESTELLT, BEZAHLT“ MUSS JETZT GELTEN



„KOMMUNEN AM LIMIT.“

Berlin. Mit einer außergewöhnlichen Aktion haben Städte und Gemeinden aus ganz Deutschland in Berlin auf ihre dramatische Finanzlage aufmerksam gemacht. Feuerwehrfahrzeuge, Linienbusse, Fahrzeuge der Ordnungsämter, Müllwagen und sogar eine Kehrmaschine fuhren am 7. Juli durch das Regierungsviertel und machten eindrucksvoll sichtbar, was kommunale Daseinsvorsorge täglich leistet – und wie sehr die Standards inzwischen unter finanziellen Belastungen leiden.

DIE BOTSCHAFT WAR EINDEUTIG: DIE KOMMUNEN BRAUCHEN JETZT FINANZIELLE SOFORTHILFE.

Hintergrund ist das Rekorddefizit von rund 32 Milliarden Euro, das die kommunalen Haushalte im vergangenen Jahr verzeichneten. Ursache sind vor allem zusätzliche Aufgaben und gesetzliche Vorgaben von Bund und Ländern, die vielfach nicht ausreichend finanziert wurden.

Zwar haben Bund und Länder vereinbart, das Konnexitätsprinzip („Wer bestellt, bezahlt“) künftig konsequenter anzuwenden, für die aktuelle Finanzkrise kommt diese Zusage jedoch zu spät. Deshalb reisten zahlreiche Kommunalvertreterinnen und Kommunalvertreter aus Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz auf Einladung des Bündnisses „Für die Würde unserer Städte“ mit kommunalen Fahrzeugen nach Berlin. Dort tauschten sie sich unter anderem mit Finanzstaatssekretär Rolf Bössinger und Bundestagsabgeordneten aus.

DIE ZENTRALEN FORDERUNGEN:

- Ein kommunales Soforthilfepaket in Höhe von 32 Milliarden Euro.
- Die konsequente Anwendung des Konnexitätsprinzips auch auf bestehende Gesetze sowie eine deutlich aufgestockte Altschuldenregelung.

Fotos: Lara Bornmers - Für die Würde unserer Städte



Die Aktion fand große Unterstützung in der kommunalen Familie. Das gemeinsame Signal war unmissverständlich: Leistungsfähige Kommunen brauchen eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung.

TEILNEHMENDE KOMMUNEN

- | | |
|------------------------|------------------------------|
| ■ Bochum | ■ Neustadt an der Weinstraße |
| ■ Castrop-Rauxel | ■ Oberhausen |
| ■ Duisburg | ■ Obertshausen |
| ■ Ennepetal | ■ Recklinghausen |
| ■ Frankfurt am Main | ■ Remscheid |
| ■ Gladbeck | ■ Schwerin |
| ■ Hagen | ■ Schwerte |
| ■ Kreis Recklinghausen | ■ Solingen |
| ■ Mönchengladbach | ■ Velbert |
| ■ Münster | ■ Waltrop |

UNTERSTÜTZENDE KOMMUNEN

- | | |
|----------------------|---------------|
| ■ Bad Schmiedeberg | ■ Mainz |
| ■ Bottrop | ■ Moers |
| ■ Frankenthal | ■ Offenbach |
| ■ Köln | ■ Pirmasens |
| ■ Koblenz | ■ Rödermark |
| ■ Krefeld | ■ Saarbrücken |
| ■ Landkreis Cuxhaven | ■ Salzgitter |
| ■ Leverkusen | ■ Werne |
| ■ Lüdenscheid | ■ Witten |
| ■ Lünen | ■ Wuppertal |

Fotos: Lara Bommer - Für die Würde unserer Städte | SGK NRW

“KOMMUNEN AM LIMIT.”



KOMMUNEN AM LIMIT



NACHRUF AUF FRIEDRICH-WILHELM HELD



Mit großer Trauer nehmen wir Abschied von Friedrich-Wilhelm Held, der am 15. April 2026 im Alter von 90 Jahren verstorben ist.

Friedrich-Wilhelm Held hat die Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung in Nordrhein-Westfalen über viele Jahre hinweg maßgeblich geprägt. Als Leiter der Kommunalabteilung im Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen von 1986 bis 2001 gab er entscheidende Impulse für die Modernisierung des Kommunalrechts und der Kommunalfinanzien. Mit Weitblick, fachlicher Exzellenz und großer Überzeugungskraft gestaltete er Reformen, die bis heute nachwirken – von der Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs über die Einführung der Direktwahl von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern bis hin zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.



tar zur Gemeindeordnung – vielen bis heute schlicht als „der Held“ bekannt – wurde zu einem unverzichtbaren Begleiter für Kommunalverwaltungen sowie Rats- und Kreistagsmitglieder in ganz Nordrhein-Westfalen.

Sein Wirken war geprägt von dem festen Glauben an starke, eigenverantwortliche Kommunen als Fundament unserer Demokratie. Mit seinem herausragenden Sachverstand, seiner Gestaltungsfreude und seiner Leidenschaft für die kommunale Selbstverwaltung hat Friedrich-Wilhelm Held bleibende Spuren hinterlassen.

Auch über seine Tätigkeit im Ministerium hinaus blieb Friedrich-Wilhelm Held der kommunalen Familie eng verbunden. Sein Kommen-

Die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie und allen, die ihm nahestanden.

Fotos: Privatarchiv Familie | Irina Alex - Pixabay

NRW MUSS FUNKTIONIEREN – UND DAS BEGINNT IN DEN KOMMUNEN



**Christian
Dahm MdL**

stv. Vorsitzender der
SPD-Landtagsfraktion
in NRW

Jeden Tag werden in den Rathäusern und Kreishäusern Entscheidungen getroffen, die sich auf das Lebensumfeld der Bürgerinnen und Bürger unmittelbar auswirken. Ob eine Schule saniert wird, das Schwimmbad geöffnet bleibt oder die Feuerwehr ausreichend ausgestattet ist, jeden Tag spüren die Menschen, ob es in ihrer Stadt funktioniert. Jeden Tag kämpfen die Kommunen gegen die schwerste Haushaltskrise der Nachkriegszeit. Deshalb sagen wir: Wer Nordrhein-Westfalen wieder handlungsfähig machen will, muss bei den Kommunen anfangen.

Die Bilanz nach vier Jahren Schwarz-Grün ist ernüchternd. Während das Land 2025 einen positiven Finanzierungssaldo von mehr als zwei Milliarden Euro erzielt hat, mussten die Kommunen ein Rekorddefizit von über 9,3 Milliarden Euro verkraften. Nur noch acht Städte und Gemeinden konnten einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorweisen. Mehr als 60 Prozent der Kommunen und fast alle Kreise leben inzwischen von ihren Rücklagen. Diese Situation wirkt sich nicht nur auf Schwimmbäder und Schulen aus, sondern gefährdet die Demokratie an sich.

DAS LAND STABILISIERT SICH AUF KOSTEN DER KOMMUNEN

Die Landesregierung redet diese Krise seit Jahren klein. Die Kommunen hätten das Sparen verlernt, man müsse sich nur genug anstrengen, heißt es aus den Ministerien. Die aktuelle Lage ist nur bedingt das Ergebnis der wirtschaftlichen Lage, sondern vor allem auch Folge politischer Entscheidungen in Düsseldorf.

Deutlich zeigt sich das beispielsweise bei der Eingliederungshilfe. Ihre Kosten steigen seit Jahren. Viele andere Bundesländer betei-

ligen sich an den Kosten, Schwarz-Grün überlässt die Rechnung dagegen fast vollständig den Kommunen.

Beim Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung zeigt sich das gleiche Muster. Bis heute fehlt ein Landesgesetz, das Standards und Finanzierung verbindlich regelt. Die Kommunen sollen umsetzen und am besten auch selbst bezahlen.

Gleichzeitig fordert Ministerpräsident Hendrik Wüst vom Bund bei jeder Gelegenheit „Wer bestellt, bezahlt.“ Während er zu Hause davon nichts wissen will.

GRUNDSTEUER-CHAOS: DAS LAND BESCHLIESST, DIE KOMMUNEN LEIDEN

Ein weiteres Meisterstück schwarz-grüner Chaos-Politik zeigt sich bei der Grundsteuerreform. Mit der Möglichkeit differenzierter Hebesätze wollte Schwarz-Grün vorgeblich das Wohnen entlasten. Herausgekommen ist ein rechtlich riskantes Experiment, dessen Folgen nun die Städte und Gemeinden tragen.

Das Land hat den Kommunen vermittelt, eine deutliche Spreizung der Hebesätze sei



**Justus
Moor MdL**

Sprecher für Heimat
und Kommunales der
SPD-Landtagsfraktion
in NRW

rechtlich unproblematisch. Die Sachverständigen im Landtag sahen das anders, aber die Rathäuser haben zu Recht auf die Aussagen des Ministeriums vertraut. Sie haben ihre Haushalte entsprechend geplant und Satzungen beschlossen. Nun häufen sich Widersprüche und Klagen, weil der Vorschlag der Landesregierung eben nicht rechtlich unproblematisch war. Mögliche Steuerausfälle und Prozessrisiken verbleiben bei den Kommunen, während die Landesregierung erklärt, die konkrete Entscheidung sei vor Ort getroffen worden.

So kann ein Land nicht mit seinen Kommunen umgehen. Wer ein landesgesetzliches Modell schafft und dessen Anwendung ausdrücklich empfiehlt, muss auch für Rechtssicherheit sorgen und Verantwortung für die Folgen übernehmen. Deshalb fordern wir eine schnelle und verlässliche Lösung, die die Kommunen nicht mit den Risiken einer unausgereiften Landesregelung alleinlässt.

GROSSE ÜBERSCHRIFTEN ERSETZEN KEINE LANDESPOLITIK

Mit dem „NRW-Plan für gute Infrastruktur“ erweckt die Landesregierung den Eindruck einer eigenen Investitionsoffensive. In Wahrheit werden verschiedene Bundesmittel und seit Jahren bestehende Landesprogramme zusammengedrückt, neu etikettiert und werbewirksam verkauft. Einen Löwenanteil bilden die Bundesmittel aus dem Sondervermögen. Doch auch hier zeigen sich die klebrigen Finger und die „Kommunenfreundlichkeit“ der Landesregierung. Von rund 21,1 Milliarden Euro sollen nur etwa 12,7 Milliarden Euro an die Kommunen fließen. Wirklich pauschal und frei verfügbar sind sogar nur rund zehn Milliarden Euro, der Rest ist in aufwändigen Förderprogrammen verstrickt.

Das ist nicht nur unverschämte, sondern vor allem zu wenig. Die Kommunen tragen den größten Teil der öffentlichen Investitionen. Deshalb fordern wir, 80 Prozent der für Nordrhein-Westfalen vorgesehenen Mittel an die Städte, Gemeinden und Kreise weiterzugeben – pauschal, unbürokratisch und ohne neue Förderbürokratie.

Genauso verhält es sich mit der sogenannten „Sportmilliarde“. Der Name klingt nach einem historischen Programm. Tatsächlich besteht sie zu einem erheblichen Teil aus Bundesmitteln, bereits angekündigten Programmen und bestehenden Pauschalen im GFG. Für kommunale Sportstätten und Schwimmbäder bleiben über zwölf Jahre jeweils 200 Millionen Euro. Verteilt auf 396 Kommunen ist das weit entfernt von einer echten Sanierungsoffensive. Das reicht vielerorts mit Glück für ein Vereinsheimdach, aber nicht für den großen Sanierungsdurchbruch.

UNSER VORSCHLAG: EIN ECHTER KOMMUNALER NEUSTART

Mit unserem Antrag „NRW muss funktionieren – Kommunale Finanzkrise und haushaltspolitische Fehlentscheidungen der Landesregierung“ (LT-Drs. 18/19790) rechnen wir mit der Landesregierung ab und wiederholen unsere Forderungen. Wir wollen den Verbundsatz im Gemeindefinanzierungsgesetz dauerhaft erhöhen. Das Land muss sich an den Kosten der Eingliederungshilfe beteiligen. Bundesmittel müssen vollständig weitergeleitet, Förderprogramme gebündelt und durch pauschale Zuweisungen ersetzt werden.

Wir brauchen außerdem ein eigenständiges OGS-Rahmengesetz, eine Reform des Konnexitätsausführungsgesetzes und Rechtssicherheit bei der Grundsteuer. Gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden wollen wir einen Entlastungs- und Zukunftspakt schließen, der die kommunale Handlungsfähigkeit dauerhaft sichert.

ES GEHT UM MEHR ALS GELD

Die kommunale Finanzkrise ist längst eine Demokratiefrage. Wenn Stadträte nur noch Kürzungen verwalten, erleben die Menschen einen Staat, der nicht mehr liefert. Dann sinkt das Vertrauen in demokratische Institutionen und die Bereitschaft, sich kommunalpolitisch zu engagieren.

Wir wollen das ändern. Nordrhein-Westfalen braucht eine kommunalfreundliche Landespolitik, die Verantwortung übernimmt und dauerhaft für eine auskömmliche Finanzierung seiner Städte und Gemeinden sorgt.

Denn für uns ist klar: NRW funktioniert nur, wenn seine Städte, Gemeinden und Kreise funktionieren.

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache 18/19790

09.06.2026

Antrag

der Fraktion der SPD

NRW muss funktionieren – Kommunale Finanzkrise und haushaltspolitische Fehlentscheidungen der Landesregierung

I. Ausgangslage

Die schwarz-grüne Landesregierung hat vier Jahre Zeit gehabt, Nordrhein-Westfalen voranzubringen – und sie hat diese Zeit nicht genutzt.

CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind 2022 mit großen Versprechen angetreten: ein handlungsfähiges Land, gestärkte Kommunen, ein verlässlicher öffentlicher Dienst und solide Finanzen ohne neue Schulden. Die Realität vier Jahre später sieht anders aus: Die Landesfinanzen wurden von Beginn an ohne erkennbare Linie geführt – mit verfassungsrechtlich zweifelhaften Manövern, widersprüchlichen Prioritäten und sozialpolitischen Kürzungen, die selbst angesichts eines Rekordhaushalts nicht zurückgenommen wurden. Die kommunale Ebene befindet sich in der schwersten Finanzkrise der Nachkriegszeit, während das Land seine eigene Haushaltslage auf dem Rücken der Städte und Gemeinden stabilisiert hat. Und der öffentliche Dienst, Rückgrat eines funktionierenden Rechtsstaats, leidet unter zehntausenden unbesetzten Stellen und einer Altersvorsorge, die zur kurzfristigen Haushaltssanierung angezapft wurde.

Nordrhein-Westfalen verdient eine Landesregierung, die liefert – für das Land, für seine Kommunen und für die Menschen, die jeden Tag auf einen funktionierenden Staat angewiesen sind.

1. Haushaltspolitische Irrfahrten seit 2022

Die schwarz-grüne Landesregierung begann ihre Finanz- und Haushaltspolitik mit einem Paukenschlag – allerdings keinem guten. War sie noch im Koalitionsvertrag mit dem kategorischen Versprechen schuldenfreier Haushalte angetreten, hebelle sie die Schuldenbremse innerhalb weniger Monate aus – nach zweifacher Rüge durch den Landesrechnungshof, nach öffentlich eingeräumten handwerklichen Fehlern und auf der Grundlage einer Notsituation, deren Existenz von einem Tag auf den anderen wechselte.¹

Dieses Muster fehlgeleiteter Prioritäten und kurzfristiger Flickschusterei prägt die gesamte Legislaturperiode. Im Haushalt 2025 setzte sich die widersprüchliche Finanzpolitik fort. Einerseits legte der Finanzminister mit der Ergänzungsvorlage zum Haushalt eine Nettokreditaufnahme von 2,055 Mrd. Euro über die Konjunkturkomponente vor – nachdem er diese Möglichkeit in

¹ WAZ vom 20.12.2022, Korfmann: Die Chronik einer verwirrenden Haushaltsplanung in NRW.

Datum des Originals: 09.06.2026/Ausgegeben: 10.06.2026

FORTSCHRITTLICHE POLITIK IN DER KOMMUNE – AUCH BEI GEGENWIND!



Folke große Deters

Redakteur der spw und Amtsleiter in Bonn

Wenn Umfragen und Wahlergebnisse für die SPD auf Bundes- und Landesebene unerfreulich sind, dann stellt sich die Frage, wie Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf kommunaler Ebene dennoch erfolgreich sein können. Die Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft (spw) hat in ihrem kommunalen Schwerpunkt genau diese Frage gestellt.

Hierfür hat sie zum Beispiel zwei nordrhein-westfälische Wahlsieger zu Wort kommen lassen: Marc Herter, erfolgreicher Oberbürgermeister aus der westfälischen Großstadt Hamm, und Mario Dahm, erfolgreicher Bürgermeister der rheinischen Stadt Hennef an der Sieg.

Marc Herter gewann die Oberbürgermeisterwahl in Hamm mit 63,6 Prozent, die SPD gewann 9,1 Prozentpunkte hinzu und landete bei 46,2 Prozent. Mario Dahm gewann im traditionell konservativen Hennef mit 51,6 Prozent in der ersten Runde. Die SPD gewann noch einmal 5,4 Prozent und landete bei 33,1 Prozent. Erfolg ist also möglich – auch bei einer schwierigen politischen Großwetterlage.



Bei den Faktoren für ihre erfolgreiche Wiederwahl waren sich die Genossen trotz unterschiedlicher örtlicher Gegebenheiten überraschend einig.

BETEILIGUNG UND PRÄSENZ

Beide Hauptverwaltungsbeamten legten Wert auf die Feststellung, dass Beteiligung und Präsenz von den Wählerinnen und

Wählern erwartet und honoriert werden. Mit dem Format „Du kochst den Kaffee, ich bringe den Kuchen“ oder seiner „Ansprechbar“ taucht Marc Herter in den Alltag der Leute ein, um nicht nur die „Lautsprecher“ in Bürgerversammlungen und sozialen Medien zu hören. **Mario Dahm** und die SPD-Kandidatinnen sind präsent auf den vielen Veranstaltungen in der „Stadt der 100 Dörfer“, außerdem bespielt der Bürgermeister seine Social-Media-Kanäle persönlich und mit einer großen Zahl an niedrigschwelligen Formaten. Beide sind sich einig, dass die meisten Bürgerinnen und Bürger diese Transparenz schätzen. „Die Leute wissen ja, dass Bürgermeister keine Wunder wirken können, aber sie können Einsatz und Erklärungen erwarten.“ (Mario Dahm).



ROTE THEMEN

Auch inhaltlich betonen beide Hauptverwaltungsbeamten, dass sie sozialdemokratische Themenfelder beackert haben. Für Marc Herter war es das Ziel, Hamm zur familienfreundlichsten Stadt zu machen.

Dabei betont er, dass „Familie“ für ihn jede Form ist, bei der Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Konkret wurde der Plan durch Halbierung der Kita- und OGS-Gebühren, Ausbau- und Sanierungsprogramme für Schulen und Kitas und die Bündelung familienbezogener Leistungen im „Familienrathaus“.

Auch Mario Dahm hat kräftig in die Bildung investiert und sich um die Gewinnung von Fachkräften gekümmert. Durch einen groß-angelegten Verkehrsversuch hat die Stadt unter seiner Ägide dafür gesorgt, dass der PKW-Verkehr vom Hennefer Schulcampus abgeleitet wurde und die schwächsten Verkehrsteilnehmer besser geschützt wurden.

Eine starke Wirtschaft war für Marc Herter eine weitere wichtige Priorität - auch weil Hamm den Strukturwandel noch immer stark spürt. Regelmäßig ist er mit allen Akteuren im Gespräch, die für den Wirtschaftsstandort wichtig sind.

Mario Dahm hat sich des Themas „Wohnen“ angenommen und Stadtentwicklung nicht nur aus der Perspektive von Investoren gemacht. Er hat gegenüber den Investoren die Erwartung formuliert, dass bei neuen Bauprojekten nicht nur das Luxussegment bedient, sondern bezahlbare Wohnungen geschaffen werden.

„Die sozialdemokratische Idee lebt dann, wenn sie vor Ort ohne Angst und mit viel Wille zum Erfolg umgesetzt wird.“

KLASSE SCHLÄGT IDENTITÄT

Einig waren sich beide Hauptverwaltungsbeamten mit ihrer Weigerung, sich auf die „allfälligen soziokulturellen Auseinandersetzungsfelder ziehen zu lassen.“ Marc Herter betont: „Die Summe der Minderheiten ist halt nicht die Mehrheit. Klasse schlägt Identität – immer.“ Deswegen ist der Sozialstaat auch nicht „Rudis Restrampe“, [...] sondern wird zentraler Ermöglicher in der Mitte der Gesellschaft, der einen guten Rahmen dafür bietet, dass man als Familie gut leben kann.“

Mario Dahm betont: „Es gibt eine breite Mitte mit sehr vielen gemeinsamen Grundüberzeugungen. Die Spaltung der Gesellschaft wird gezielt von denen herbeigeführt, die diese Spaltung wollen und nach dem Motto „wir gegen die“ instrumentalisieren. Leute, die ständig mit erhobenem Zeigefinger herumlaufen und sich selbst besonders moralisch hochwertig finden, die waren immer schon nicht sonderlich beliebt. Das soll nicht der Beliebtheit das Wort geben, aber ein bisschen Demut und Respekt vor der Perspektive anderer hat noch nie geschadet. [...] Da kann man mit seinen Vorurteilen aufräumen und sieht beim Schützenfest Bierdeckel mit der Aufschrift: Vielfalt ist unser Schuss ins Schwarze.“

KLAR ERKENNBAR ALS SOZIALDEMOKRATEN

nur bei der Direktwahl, sondern auch bei der Ratswahl gute Ergebnisse erzielt wurden. „Ich bin eben Sozialdemokrat und das kann man auch auf meinen Plakaten sehen. Deshalb war für mich selbstverständlich, dass ich hier Flagge zeigen“ (Mario Dahm). „In Hamm bringen wir das auf den Punkt: „Deine Stadt. Dein Oberbürgermeister. Deine SPD.“ (Marc Herter).

SOZIALDEMOKRATISCHE ERFOLGSGESCHICHTEN

Neben dem Interview mit den Hauptverwaltungsbeamten liefert der spw-Schwerpunkt noch weitere Beispiele, wie auf lokaler Ebene erfolgreich Politik auf der Basis sozialdemokratischer Überzeugungen gemacht werden kann. Der Geschäftsführer der SGK NRW, Maik Luhmann, beschreibt die Voraussetzungen einer erfolgreichen Digitalisierungsstrategie. Bedeutsam ist für ihn, die Digitalisierung in eine Mission zu integrieren, die nicht nur technisch ist. Ein Beispiel ist die Idee der „Vernetzten Stadt Gelsenkirchen“, die mehr ist als nur ein Digitalisierungsprojekt. Tanja Oelmaier schildert am Beispiel von Ulm, wie sich eine ambitionierte Bodenpolitik langfristig auszahlt. Ulf-Birger Franz fordert eine mutige kommunale Wirtschaftspolitik ein, um die große Aufgabe der Transformation auch im Kleinen erfolgreich anzugehen. Michel Gnatzy beschreibt den „Housing-First-Ansatz“ zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit. Ulrich Paetzel und Alexander Knickmaier stellen die Emscher-Genossenschaft vor, die als sondergesetzlicher Wasserverband übergreifend Aufgaben der Transformation angeht.

All das zeigt: Die sozialdemokratische Idee lebt dann, wenn sie vor Ort ohne Angst und mit viel Wille zum Erfolg umgesetzt wird. Auch dann, wenn die Umfragen keinen Rückenwind versprechen.

**SPW-HEFT
MIT DEM
KOMMUNALEN
SCHWERPUNKT
IST KOSTENFREI
ABRUFBAR**



SGK-Schriftenreihe | Band 49

GEMEINDEORDNUNG FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Textausgabe 2025



1. Auflage | 182 Seite | 6 Euro

Die letzten Änderungen der Gemeindeordnung erfolgten im Juli 2025 und sind in drei Schritten in Kraft getreten. Während die ersten Änderungen umgehend galten, sind zahlreiche Änderungen erst zu Beginn der neuen Wahlperiode ab 1. November 2025 in Kraft getreten. In einem dritten Schritt zum Jahresanfang 2026 trat der neue § 75a GO zu allgemeinen Vergabegrundsätzen in Kraft, der jedoch mit einem entsprechenden Hinweis schon in der SGK-Textausgabe aufgenommen wurde.



**Jetzt bei
der SGK NRW
online bestellen!**

Beide erfolgreichen Verwaltungschefs eint, dass sie bewusst als Sozialdemokraten in den Wahlkampf gezogen sind. Dieses offene Bekenntnis zu ihrer Partei hat auch dazu geführt, dass nicht

4. STAATSREFORM-GIPFEL

GUTES REGIEREN IN EINEM MODERNEN STAAT

6./7. November 2026 | Unna

SOZIALSTAAT NEU DENKEN!

In diesem Jahr bringt die Bundesregierung umfangreiche Reformen auf den Weg, um insbesondere den Sozialstaat zu erneuern und dauerhaft finanzierbar zu halten. Dieses Ziel kann nur als gemeinsame Anstrengung von Bund, Ländern und Kommunen erreicht werden.

Beim 4. Staatsreformgipfel geht es um die Frage, wie Reformen gelingen und gleichzeitig in die Zukunft des Staates investiert werden kann? Die Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur stellt in einem Jahr, in dem die Kommunen mit dem größten Defizit ihrer Geschichte kämpfen, eine riesige Herausforderung dar. Immerhin sind sie die staatliche Ebene, die den größten Anteil an Infrastrukturinvestitionen leistet.

Mit Blick auf die Leistungsgesetzgebung wird darüber diskutiert, ob und wie die jüngsten Ver-

einbarungen zwischen Bund und Ländern zu einer wirksamen Veranlassungskonnexität führen, die die Lasten zukünftig fairer verteilt.

Mit dem Programm „für Aufschwung und Beschäftigung“ hat die Regierungskoalition ein umfangreiches Maßnahmenpaket für die Bereiche Arbeitsmarkt, Steuern und Rente vorgestellt. Reformen im Gesundheits- und Pflegebereich sind auf dem Weg. Zudem hat das sogenannte Entlastungskabinetts weitere Maßnahmen zur Staatsvereinfachung und zum Bürokratierückbau verabschiedet. Stoff genug, um den wirksamen (Sozial-)Staat in seinen verschiedenen Facetten zu beleuchten. Namhafte Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik, Initiativen und Verwaltung stehen hierfür zur Verfügung.

EINE VERANSTALTUNG DER **FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG**
UNTERSTÜTZT DURCH DEN **ARBEITSKREIS STAATSREFORM**
UND DER **SGK NRW**

**Friedrich
Ebert**
Stiftung

Arbeitskreis Staatsreform

Forum für Staatskunst und
Verwaltungsmodernisierung

SGK
Die Kommunalen in NRW

Freitag | 6. November

13.00 UHR

MITTAGSIMBISS

14.00 UHR

BEGRÜSSUNG

14.15 UHR

IMPULS:

**INVESTITIONEN UND REFORMEN IN
DEUTSCHLAND**

14.45 UHR

**WIE GELINGT DIE MODERNISIERUNG DER
ÖFFENTLICHEN INFRASTRUKTUR?**

15.30 UHR

KAFFEEPAUSE

16.00 UHR

**MIT DEM BAU-TURBO GEMEINSAM
WOHNRAUM SCHAFFEN**

16.45 UHR

TRANSFORMATION DES SOZIALSTAATES

17.30 UHR

DER SCHNELLE WEG ZUM EINFACHEN STAAT

18.30 UHR

ABENDESSEN

19.30 UHR

**KAMINGESPRÄCH ZUR LAGE DES STAATES
UND SEINER VERWALTUNG**

Samstag | 7. November

09.00 UHR

WAS MUSS JETZT GETAN WERDEN?

**PARALLELE WORKSESSIONS
ZUR STAATSREFORM**

- Digitalisierung

- Soziales

- Finanzen

10.45 UHR

KAFFEEPAUSE

11.00 UHR

**VERANLASSUNGSKONNEXITÄT IM
BUNDESSTAAT**

12.00 UHR

MITTAGSPAUSE

13.00 UHR

**TRANSPARENTER UND EFFIZIENTER
SOZIALSTAAT**

**PARALLELE WORKSESSIONS
ZUR SOZIALSTAATSREFORM**

- Arbeit & Soziale Sicherung

- Gesundheit und Pflege

- Kinder und Familie

14.15 UHR

**BÜRGERNAHER SOZIALSTAAT:
VEREINFACHUNG UND AUTOMATISIERUNG
VON SOZIALLEISTUNGEN**

15.15 UHR

**ZUKUNFT DER SOZIALDEMOKRATISCHEN
REFORMBEWEGUNG**

15.45 UHR

SCHLUSSWORT UND AUSBLICKE

16.00 UHR

ABSCHLUSSKAFFEE



eGovPraxis Sozialhilfe Echte Entlastung in der Fach- & Sachbearbeitung



**Die Rechtsinformations- &
Wissensmanagementlösung
für Sozialämter.**

eGovPraxis Sozialhilfe verknüpft praxisorientierte Rechtsinhalte zur Sozial- und Eingliederungshilfe, zu Wohngeld und Asylbewerberleistungen mit Ihren lokalen Regelungen und Arbeitsmaterialien auf einer Plattform. Treffen Sie Fallentscheidungen rechtsicher und effizient.

Jetzt informieren:



KURZ VORGESTELLT

LESESTOFF FÜR DIE KOMMUNALPOLITISCHE ARBEIT

MÜTTER IN DIE POLITIK!

Von Sarah Zöllner, Ulrike Helmer Verlag,
1. Auflage 2025, 229 Seiten,
ISBN 978-3-89741-497-6, Softcover,
20,00 Euro



Dieses Buch ist ein Aufruf. Sarah Zöllner zeigt mit "Mütter in die Politik!" nicht nur, wie strukturell unterrepräsentiert Mütter in politischen Entscheidungsprozessen sind, sie legt offen, wie sehr unsere Demokratie darunter leidet. Denn wenn Fürsorge, Alltagserfahrung und Lebensrealitäten von Millionen Frauen systematisch aus politischen Räumen gedrängt werden, ist das kein Randproblem, sondern ein demokratischer Blindfleck.

Zöllner lässt 21 Mütter zu Wort kommen, die sich trotz Widerständen politisch engagieren – auf kommunaler Ebene, in Parteien, Parlamenten und Initiativen. Darunter etwa Nicole Berka, Katarina Barley oder Heike Heubach. Ihre Stimmen sind ehrlich, unbequem und motivierend. Es sind Geschichten von Mut und Frustration, von strukturellen Barrieren und persönlichem Aufbruch. Die Autorin, die selbst Mutter ist, verwebt diese Erfahrungsberichte mit konkreten Reformvorschlägen und schafft mit zahlreichen Tipps außerdem einen praktischen Leitfaden für den Einstieg in die politische Arbeit.

Mütter in die Politik! ist kein Fachbuch im klassischen Sinne. Zöllner schreibt nicht für ein akademisches Publikum, sondern für Frauen, die etwas verändern wollen. Wer dieses Buch liest, wird verstehen: Die Frage ist nicht, ob Mütter in die Politik gehören. Sondern warum sie dort so lange gefehlt haben.

IMPRESSUM

DIE KOMMUNALE
Das Magazin für Kommunalpolitik
Herausgeber:
Sozialdemokratische Gemeinschaft
für Kommunalpolitik in NRW e.V.
(SGK NRW)
Elisabethstraße 16, 40217 Düsseldorf
Tel.: 0211-876747-0
Fax: 0211-876747-27
info@sgk-nrw.de
www.diekommunale.de

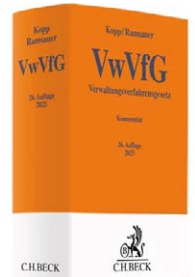
Verantwortlich (auch für Anzeigen):
Maik Luhmann,
Landesgeschäftsführer der SGK NRW

Satz und Gestaltung:
SGK NRW, Postfach 20 07 04,
40104 Düsseldorf

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
geben nicht unbedingt die Meinung
der SGK NRW wieder. Nachdruck
mit Quellenangabe gestattet.

VERWALTUNGSVERFAHRENSGESETZ KOMMENTAR

Hrsg. Prof. Dr. Ulrich Ramsauer, C.H. Beck
Verlag, 26. Auflage 2025, 2319 Seiten,
ISBN 978-3-406-82725-9, Hardcover,
77,00 Euro



Der Kommentar „Kopp/Ramsauer“ zum Verwaltungsverfahrensgesetz gehört seit Jahrzehnten zu den etablierten Referenzwerken im öffentlichen Recht. Auch in der 26. Auflage bleibt das Werk seinem Anspruch treu, das VwVfG zuverlässig, prägnant und praxisnah zu erläutern – und das mit hoher Sorgfalt.

Besonders praxisrelevant sind die Ausführungen zu Rücknahme und Widerruf von Verwaltungsakten, zum Planfeststellungsrecht sowie zu verfahrensrechtlichen Neuerungen im Datenschutz-, Bau- und Umweltrecht.

Ein besonderes Merkmal des Kommentars ist die Berücksichtigung landesrechtlicher Besonderheiten sowie europarechtlicher Entwicklungen, die zunehmend Einfluss auf das nationale Verwaltungsverfahrensgesetz nehmen. Die Kommentierung bleibt dabei auch in der aktuellen Auflage ein unverzichtbares Arbeitsmittel für alle, die sich mit dem Verwaltungsverfahren befassen – sei es in der täglichen Praxis oder in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung.

VERWALTUNGSGERICHTSORDNUNG KOMMENTAR

Hrsg. Prof. Dr. Wolf-Rüdiger Schenke,
31. Auflage 2025, 2481 Seiten,
ISBN 978-3-406-82724-2, Hardcover,
77,00 €



Der Kommentar „Kopp/Schenke“ zur Verwaltungsgerichtsordnung zählt seit Jahrzehnten zu den zentralen Standardwerken im Verwaltungsprozessrecht. Die jährlich erscheinende Neuauflage garantiert höchste Aktualität und ist sowohl in Ausbildung als auch Praxis fest etabliert.

Die 31. Auflage berücksichtigt zahlreiche Gesetzesänderungen und praxisrelevante Entwicklungen im einstweiligen Rechtsschutz und Revisionsrecht wurden eingearbeitet.

Besonders hervorzuheben ist die präzise und verständliche Kommentierung, die sich durch wissenschaftliche Tiefe und Praxisnähe auszeichnet. Ein besonderes Augenmerk liegt auf europarechtlichen Entwicklungen. Die Kommentierung ist eng abgestimmt mit dem Parallelwerk „Kopp/Ramsauer“ zum Verwaltungsverfahrensgesetz und bietet damit eine konsistente Darstellung verwaltungsrechtlicher Zusammenhänge.

Mit seiner klaren Struktur und der zuverlässigen Auswertung aktueller Rechtsprechung bleibt „Kopp/Schenke“ auch in der 31. Auflage ein unverzichtbares Hilfsmittel für alle, die sich mit dem Verwaltungsprozessrecht befassen.

KOMMUNALE FINANZWIRTSCHAFT NORDRHEIN- WESTFALEN

Heinz Dresbach, Verlag DRESBACH,
52. Auflage, 2025,
ISBN 978-3-9800-6742-3,
475 Seiten, Hardcover, 65 Euro



Das jährlich erscheinende Standardwerk „Kommunale Finanzwirtschaft Nordrhein-Westfalen“ überzeugt auch in seiner 52. Auflage durch eine umfassende und systematische Darstellung der kommunalfinanzwirtschaftlichen und kommunalverfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen in NRW. Konzipiert als Informations- und Dokumentationsplattform deckt es alle relevanten Rechtsgrundlagen, Verordnungen und Erlasse ab, die für die kommunale Praxis, Lehre und Ausbildung von Bedeutung sind. Dabei berücksichtigt es auch landesspezifische Erlasslagen und Satzungen.

In der 52. Auflage liegt der Fokus auf den landes- und bundesrechtlichen neuen bzw. geänderten Rechtsakten. Die Auflage befindet sich auf dem Stand Ende Juni bzw. Mitte Juli und integriert dadurch sechs neue Rechtsakte, darunter das Grundsteuererhebungsgesetz NRW oder auch das Jahressteuergesetz 2024. Die Kommentierung reflektiert zudem die jüngsten Änderungen des Grundgesetzes und des Kommunalrechts in NRW. Damit bleibt das Werk auf dem neuesten Stand der Gesetzgebung und Verwaltungspraxis.

Die besondere Stärke des „Dresbach“ liegt in seiner konsequenten Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Praxis. Die Kombination aus rechtlicher Tiefe, didaktischer Aufbereitung und systematischer Gliederung (auch durch das nochmals erweiterte, mehr als 10.000 Wörter umfassende Stichwortverzeichnis) macht das Werk nach wie vor zu einem verlässlichen Arbeitsmittel im kommunalen Alltag.

WEHRHAFTE(RE) KOMMUNEN – RECHTLICHE RESILIENZ IN HERAUSFORDERNDEN ZEITEN

Klaus Ritgen, KSV Medien Verlag,
2. Auflage, 2025, ISBN 978-3-8293-2076-4,
158 Seiten, Softcover, 25 Euro



In Zeiten erstarkender populistischer und (insbesondere rechts-)extremistischer Kräfte nicht nur auf Bundesebene widmet sich das Werk dem hochaktuellen Konzept der wehrhaften Demokratie.

Klaus Ritgen legt mit der aktualisierten und erweiterten zweiten Auflage von „Wehrhafte(re) Kommunen“ (Stand Juli 2025) eine kompakte und zugleich fundierte Analyse vor. Basierend auf einem Gutachten, das der Autor für die Körber-Stiftung verfasst hat, regt das Werk die vertiefte Auseinandersetzung mit der Frage an, ob und wenn ja, mit welchen rechtlichen Mitteln der Einfluss verfassungsfeindlicher Kräfte in kommunalen Vertretungskörperschaften und Verwaltungsstrukturen begrenzt werden kann. Neben der Diskussion der verfassungsrechtlichen Grundlagen werden hierbei Kontrollinstrumente wie die Anforderungen an die Verfassungstreue von Hauptverwaltungsbeamten und deren rechtliche Überprüfbarkeit systematisch dargestellt.

Das Werk überzeugt durch seine klare Fokussierung auf kommunalverfassungsrechtliche Aspekte und die verständliche Darstellung komplexer rechtlicher Zusammenhänge. Es ist präzise gegliedert, praxisnah aufbereitet und damit ein wertvolles Arbeitsmittel für alle, die die kommunale Demokratie aktiv schützen und gestalten wollen. Dadurch leistet es einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der rechtlichen Handlungssicherheit von Kommunen.

Dr. Klaus Ritgen ist Referent beim Deutschen Landkreistag in Berlin.

KOMPENDIUM KOMMUNALRECHT NORDRHEIN-WESTFALEN

Dr. Markus Söbbeke / Sandro Wiggerich, Nomos Verlag,
1. Auflage, 2026, ISBN 978-3-8487-7625-2, 368 Seiten,
Softcover, 29,90 Euro



Im „Kompodium Kommunalrecht Nordrhein-Westfalen“, das im Nomos Verlag erschienen ist, betrachten und erklären Dr. Markus Söbbeke und Sandro Wiggerich die Grundlagen des nordrhein-westfälischen Kommunalrechts. Sie legen zudem Schwerpunkte auf die inneren Verfassungs- und Entscheidungsstrukturen, das Handeln der Kommunen im Außenverhältnis und auf finanzielle Rahmenbedingungen. Des Weiteren werden die Besonderheiten der Kreise und der Höheren Kommunalverbände dargestellt.

Das Werk befindet sich auf dem Stand Juli 2025 und zeichnet sich durch seine kompakte Darstellungsweise, die eingängigen Erläuterungen und die übersichtliche Aufbereitung aus; wichtige Begriffe sind zum einfachen Auffinden hervorgehoben.

Herauszustellen ist auch die praxisnahe Schwerpunktsetzung und die deutliche Kennzeichnung, wenn die Autoren in juristischen Auslegungsfragen unterschiedliche Standpunkte vertreten.

Insgesamt erleichtert das Kompodium durch den systematischen Aufbau und die Praxisnähe das Verständnis des Kommunalrechts in Nordrhein-Westfalen. Es richtet sich dadurch besonders an Studierende, die sich mit dem Thema Kommunalrecht befassen, sowie kommunalpolitisch engagierte Jurist:innen und Verwaltungsangestellte.

Die beiden Autoren Dr. Markus Söbbeke und Sandro Wiggerich haben ihre langjährige Erfahrung als Juristen aus ihren Tätigkeiten im Bereich der Kommunalpolitik und -verwaltungen sowie als Dozenten in das Kompodium einfließen lassen.

NRW MUSS FUNKTIONIEREN –

UND DAS BEGINNT IN DEN KOMMUNEN



**KOMMUNEN
AM LIMIT**



**WER BESTELLT,
MUSS AUCH
BEZAHLEN.**

Neue Aufgaben dürfen nicht zulasten der Kommunen gehen. Das Land muss seine Verantwortung übernehmen und Städte, Gemeinden und Kreise verlässlich finanzieren.



**80 %
DER INVESTITIONS-
MITTEL FÜR DIE
KOMMUNEN.**

Die Kommunen tragen den größten Teil der öffentlichen Investitionen. Deshalb müssen mindestens 80 Prozent der Bundesmittel direkt, pauschal und ohne neue Förderbürokratie vor Ort ankommen.



**STARKE
KOMMUNEN.
STARKES NRW.**

Mit einer fairen Gemeindefinanzierung, einem OGS-Rahmengesetz, mehr Rechtssicherheit und einem Zukunftspakt mit den kommunalen Spitzenverbänden wollen wir die kommunale Handlungsfähigkeit dauerhaft sichern.

**KOMMUNEN SICHERN UNSEREN ALLTAG.
JETZT BRAUCHEN SIE ENDLICH EINE FAIRE FINANZIERUNG.**

*Mach mit und
teile deine Ideen:*

family-first.nrw